Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.

Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3294. Expedition: Amt Lützow 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 280. [51. Jahrgang.] Mittwoch den 29. November 1911. [51. Jahrgang.] Nr. 280.

Berlin, den 28. November.

Sir Edward Grey über die auswärtige Politik.

London, 27. November. Unterhaus. Das Haus war in allen Teilen dicht besetzt. Die Diplomatenloge, die Galerie für die Mitglieder des Oberhauses und die Galerien für das Publikum waren gedrängt voll.

Bei Einbringung der bereits angekündigten Resolution sagte Grey zunächst, er beabsichtige, sich auf die jüngsten Marokkoverhandlungen zu beschränken. Der Gegenstand sei so wichtig, so ernst von im Augenblick noch so heikel, daß es für ihn äußerst angelegen wäre, anderen Fragen damit zu vermengen. Wenn es möglich gewesen wäre, hätte er gerne bis zum Abschluß der Debatten im französischen und deutschen Parlament gewartet, bevor er irgend etwas über die Frage gesagt hätte. Aber in Deutschland sei bereits so viel darüber gesprochen worden, insbesondere in den jüngsten Darlegungen des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen, daß er sich selbst auf die Gefahr hin, die Debatten zu stören, die in Frankreich und Deutschland noch stattfinden müßten, verpflichtet fühle, eine ziemlich vollständige Erklärung abzugeben. Er wünsche auf die Empfindlichkeiten und Schwierigkeiten der öffentlichen Meinung in Frankreich und Deutschland jede Rücksicht zu nehmen. Aber, fuhr Grey fort, es ist bereits so viel über uns dort gesprochen worden, daß wir dieselbe Rücksicht auf unsere eigene öffentliche Meinung nehmen müssen.

Man werde es sicherlich im Auslande verstehen, daß, was geschehen sei, es für England unmöglich mache, eine vollständige Erklärung noch länger hinauszuschieben. Er werde also einen Bericht über die Unterhaltungen zu geben haben, die im Sommer zwischen ihm und dem deutschen Botschafter stattgefunden hätten. Er wolle seine Erklärung so genau wie möglich abgeben, und es werde daher notwendig sein, daß er seine eigene Aufzeichnung über das, was tatsächlich stattgefunden habe, verlese. Er wolle beginnen mit einer Erzählung dessen, was zwischen England und Deutschland im Sommer vorgegangen sei; dann wolle er untersuchen, was der wirkliche Grund der zwischen Deutschland und England durch die marokkanische Frage hervorgerufenen Spannung gewesen sei. Es habe sich bezüglich dieser Spannung im Sommer so viel Mißtrauen und Gerede angesammelt, daß es die Gemüter in beiden Ländern mehr als je zuvor erregt und aufgereizt habe. Obwohl die Krisis, welcher Art sie nun gewesen sein mag, vorüber ist, werde ich mich bemühen, jene Erregung zu mildern nicht dadurch, daß ich verkleinere, was wirklich ernsthaft gewesen ist, sondern dadurch, daß ich versuche, eine getreue Darstellung der Situation zu geben. Der dritte Teil von dem, was ich sagen möchte, wird allgemeine Bemerkungen über die auswärtige Politik bringen und eine Antwort auf gewisse Abschnitte der Reden des deutschen Reichskanzlers sein, die mir ein Hoffnungsvolles Vorzeichen zu sein scheinen. Grey schloß seine einleitenden Bemerkungen mit folgenden Worten: Wenn in dem früheren Teil meiner Erklärung Dinge enthalten zu sein scheinen, die keine Hoffnungsvolle oder versöhnliche Entwicklung versprechen, so bitte ich das Haus zu bedenken, daß, wenn ich richtig fielle, was schwierig und störend gewesen ist, ich dies nicht in der Absicht tue, es hervorzuheben oder zu verewigen, sondern in der Absicht, es aus dem Wege zu räumen.

Deutsch-englische Auseinandersetzung im Juli.

Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amts hat bereits nicht eine vollständige, aber eine ausgedehnte Aufklärung über das gegeben, was in der Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter in London und mir vorgegangen ist. Im diplomatischen Verkehr ist es sehr ungewöhnlich, einen Bericht über Unterhaltungen zu veröffentlichen, ohne vorher den anderen Teilnehmer zu befragen. In diesem Falle wußte ich nichts, bis ich den veröffentlichten Bericht zu lesen bekam. Wenn ich befragt worden wäre, so würde ich sicherlich keine Einwendung erhoben haben. Ich verstehe, daß die Anforderungen der Lage in Deutschland es unmöglich gemacht haben, daß ich vorher befragt wurde. Ich erhebe keine Beschwerde darüber, aber es wurde mir dadurch die Notwendigkeit auferlegt, aufzuklären, was nach meiner Ansicht dem Haus über den Anteil, den wir an der Angelegenheit genommen haben, mitgeteilt werden muß.

Der deutsche Reichskanzler und der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amts haben bereits ein Mißverständnis erledigt. Man hat in einigen Kreisen angenommen, daß Deutschland gegen die französische Aktion, d. h. gegen den Marsch nach Fez überhaupt protestiert und daß Frankreich angesichts eines deutschen Protestes auf dem Marsch bestanden habe. Die deutsche Regierung hat dargelegt, was die deutsche Ansicht wirklich gewesen ist, und ich habe keinen Kommentar dazu zu geben und keine Kritik daran zu üben. Meine Erzählung beginnt also mit dem 1. Juli. An diesem Tage kam der deutsche Botschafter auf das Auswärtige Amt und machte folgende Mitteilung. — Es folgt das bereits in dem Bericht der Budgetkommission des Deutschen Reichstags wiedergegebene Aide-mémoire vom 30. Juni. — Der „Panther" war, glaube ich, damals auf dem Wege nach Agadir. Aber in der Erläuterung des Botschafters, welche diese Erklärung begleitete, war noch mehr enthalten. Diese Mitteilung war begleitet von einer Erläuterung, die erkennen ließ, daß die deutsche Regierung eine Rückkehr zum Status quo in Marokko als zweifelhaft, wenn nicht als unmöglich betrachtete, und daß, was sie ins Auge faßte, eine definitive Lösung der marokkanischen Frage zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien war. Die Mitteilung wurde am Sonnabend gemacht, sie ließ darauf schließen, daß das ins Auge gefaßte wirkliche Ziel eine definitive Lösung der ganzen marokkanischen Frage war. Am folgenden Montag teilte ich dem deutschen Botschafter mit, daß ich mit dem Premierminister gesprochen habe, und daß wir die durch die Entsendung des „Panther" nach Agadir geschaffene Situation als so wichtig betrachteten, daß sie in einer Sitzung des Kabinetts erörtert werden müßte. Ich wollte bis zu dieser Kabinettssitzung nichts weiter sagen, aber ich möchte, daß die deutsche Regierung sofort erfahre, daß nach unserer Ansicht die Lage ernst und wichtig sei. Ich habe dem deutschen Botschafter am 4. Juli wieder und sagte, ich müsse ihm mitteilen, daß unsere Haltung bezüglich Marokkos keine uninteressierte sein könne. Wir müßten unsere Vertragsverpflichtungen gegen Frankreich und unsere eigenen Interessen in Marokko in Betracht ziehen. Diese seien der Ansicht, daß durch die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir eine neue Situation geschaffen sei. Die künftigen Entwicklungen könnten vielleicht die britischen Interessen direkter berühren, als sie bisher berührt worden seien, und daher könnten wir keine neuen Arrangements ansehen, zu denen man ohne uns gelangen könnte. Ich machte es ganz klar, daß diese Mitteilung und die von mir gebrauchten Worte genau diejenigen von Seiner Majestät Regierung seien.

Nun folgte eine Periode des Schweigens. Der deutsche Botschafter hatte keinen Auftrag, mir irgendeine Bemerkung bezüglich meiner Mitteilung zu machen, und wir erhielten keine Mitteilung von der deutschen Regierung über das, was ihre Wünsche und Ziele seien, oder woran sie gedacht habe, als sie von einer definitiven Lösung des marokkanischen Problems sprach.

Das war die wirklich wichtige Frage. Aus anderen Kreisen gelangten einige Mitteilungen an uns, die uns besorgen ließen, daß sie von Deutschland ins Auge gefaßte Regelung eine Teilung Marokkos sein könnte, und zwar durch Verhandlungen, zu denen man uns nicht hinzuzuziehen beabsichtigte. Es ist natürlich vollständig richtig, daß wir uns in Marokko durch das Abkommen mit Frankreich von 1904 politisch beschränkt haben, aber beim Abschluß dieses Abkommens hatte die frühere britische Regierung gewisse wirtschaftliche und strategische Bedingungen stipuliert. Diese hätten durch eine neue Regelung bezüglich Marokkos gestört werden können und daß war der Grund, warum wir uns über das beunruhigten, was geschehen könnte. Der britische Botschafter in Berlin hatte am 12. Juli Gelegenheit, den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amts über einige weniger wichtige Fragen zu sprechen, und ergriff die Gelegenheit, zu sagen, daß einmal von einer Unterhaltung zu Dritten zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien gesprochen worden sei, woraus zu schließen wäre, daß wir davon ausgeschlossen werden sollten. Der Staatssekretär sagte unserem Botschafter, er möge uns mitteilen, daß niemals irgendwelche Absicht gegen eine solche Verhandlung existiert habe. Aber außenzumnehmen diese negative Erklärung erhielten wir von der deutschen Regierung keine weitere Mitteilung. Etwas später hieß es in der Presse, daß die deutsche Regierung mit Bezug auf Französisch-Kongo Forderungen von einer Ausdehnung gestellt habe, daß offenbar weder die französische Regierung noch die französische Kammer hätte zustimmen können, und ich wurde besorgt wegen der künftigen Entwicklung der Marokkofrage.

Unterredung vom 21. Juli.

Ich sprach daher am 21. Juli mit dem deutschen Botschafter und sagte ihm, ich möchte keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß unser Stillschweigen nicht so verstanden werden dürfe, als ob wir an der marokkanischen Frage nicht das Interesse nehmen würden, das in unserer Erklärung vom 4. Juli ausgesprochen worden war. Wir hätten gewußt, daß eine Berichtigung der Grenze von Französisch-Kongo als Grundlage für die Verhandlungen mit Frankreich vorgeschlagen worden sei. Wir hielten es für möglich, daß auf dieser Basis eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erreicht werden könnte, welche die britischen Interessen nicht berühre. Wir wünschten uns sehr, wenn dies gelingen sollte, und in der Hoffnung, daß dies geschehe, hätten wir uns bisher beiseite gehalten. Aber ich sei ängstlich geworden durch Mitteilungen, die Tags zuvor über die von der deutschen Regierung an die französische gestellten Forderungen erschienen seien, Forderungen, welche tatsächlich keine Grenzberichtigung, sondern eine Abtretung von Französisch-Kongo bedeuteten, und denen offenbar die französische Regierung unmöglich zustimmen könnte.

Ich hätte gehört, daß die Verhandlungen noch andauern, und ich hoffe noch, daß sie zu einem befriedigenden Resultat führen würden. Aber ich könnte keinen Zweifel darüber lassen, daß eine sehr verwirrende Situation entstehen würde, wenn sie erfolglos verlaufen sollten. Ich bemerkte dem deutschen Botschafter, daß die Deutschen in dem geschlossenen Hafen Agadir sich befänden, daß sie nach Gerüchten, die unter den Eingeborenen verbreitet seien, Mannschaften landeten und mit den Stämmen verhandelten, so daß sie nach allem, was wir wüßten, Konzessionen daselbst erwerben könnten, und daß sogar die deutsche Flagge in Agadir gehißt sein könnte, das der zukünftige Hafen für eine Flottenbasis an jener Küste sei. Es ist sich nicht sagen, bis zu welchem Grade die Situation zu unserem Nachteil sich ändern könnte, und wenn die Verhandlungen mit Frankreich scheiterten, würden wir gezwungen sein, etwas zum Schutze der britischen Interessen zu tun und unser Interesse an den Erörterungen teilzunehmen. Je länger die Deutschen in Agadir blieben, um so größer sei die Gefahr, daß sie einen Stand der Dinge schaffen, der es für sie noch schwieriger machen würde, sich zurückzuziehen, und für uns noch notwendiger, irgendwelchen Schritt zum Schutz der britischen Interessen zu unternehmen. Ich hätte all dies sagen wollen, solange wir noch die Hoffnung hegten, daß die Verhandlungen mit Frankreich erfolgreich sein würden. Wenn ich das jetzt nicht täte, könnte es später zur Erbitterung führen, wenn die deutsche Regierung durch unser Stillschweigen zu der Annahme verführt worden wäre, daß wir kein Interesse an der Sache hätten.

Der deutsche Botschafter war nicht in der Lage, mir irgendeine Aufklärung zu geben, wies aber die Annahme zurück, daß, was ich als mögliche Schädigung der britischen Interessen bezeichnet hätte, wirklich stattgefunden habe. Er sei gewiß, seine Regierung habe nicht die Absicht, Handelsvorteile zu erwerben und Handelsmonopole in unfairer Weise zu schädigen. Darauf bemerkte ich, die Tatsache, daß Deutschland einen geschlossenen Hafen weiter besetzt halte, schließe wenigstens ein Monopol für kommerzielle Möglichkeiten in sich.

Die Rede Lloyd-Georges.

Im Laufe dieses Tages, des 21. Juli, sagte mir Lloyd George, er habe bei einem wichtigen Anlaß im Mansionhouse am Abend zu sprechen. Er beriet mit dem Premierminister und mir, was gesagt werden sollte. Es war 14 Tage, nachdem die letzte öffentliche Mitteilung über Marokko hier gemacht worden war, und diese Mitteilung war lediglich die sehr kurze Darlegung gewesen, die von dem Premierminister in diesem Hause vorgebracht war. Wir waren gespannt (anxious) auf den Weg, auf dem die Dinge sich entwickelten, und wir alle fühlten, daß, wenn ein Kabinettsminister ersten Ranges bei einem so förmlichen Anlasse sein Wort über auswärtige Angelegenheiten lege, das überall zu einer Irreführung der öffentlichen Meinung Veranlassung geben würde. Was ich an diesem Tage dem deutschen Botschafter in bezug auf Agadir und die Verhandlungen mit Frankreich gesagt hatte, war offenbar nur für den diplomatischen Weg geeignet. Der Schatzkanzler nahm deshalb in seiner Rede in mehr allgemeinen Ausdrücken auf die Lage Bezug. Was er gesagt hat, ist in Erinnerung. Die Ausführungen Lloyd-Georges verlangten keinerlei Vorrang oder Vorbereitung für uns in internationalen Angelegenheiten. Sie enthielten keinerlei Drohung im Sinne des Wortes Hände weg! gegen irgend jemand oder irgend wohin. Sie trachten nicht zum Ausdruck, daß irgendeine spezielle Forderung oder irgendwelche Ansprüche auf seiten Deutschlands mit britischen Interessen nicht zu vereinbaren wären. Ihre Bedeutung (purport) war, daß, wo britische Interessen berührt würden, wir nicht behandelt werden dürften, als ob wir nicht mitbeteiligt wären. Zu der Zeit kommt, wo das nicht gesagt werden darf, werden wir aufgeführt haben zu existieren, wenigstens als eine Großmacht. Tatsächlich waren die ersten deutschen Besprechungen der Rede, die mir zu Gesicht kamen, so, wie man sie natürlicherweise erwarten durfte. Ein deutsches konservatives Blatt sagte, daß, wenn das Wort Deutschland statt des Wortes England gesetzt würde, die Rede von einem deutschen Minister hätte gehalten sein können. Aber der Wortlaut der Rede war bald vergessen, und eine Art Legende wuchs um sie empor.

Zum Beispiel hörte ich einige Wochen später von einem Deutschen, der einem englischen Freund gegenüber gegen die Rede protestierte. Als man ihm gesagt hatte, daß er sie gelesen sei, sagte er, das sei genige, wogegen man sich in Deutschland gewandt habe, nicht die Rede selbst sei, sondern die Tatsache, daß sie zu einem Zeitpunkt gehalten wurde, als Frankreich und Deutschland im Begriffe waren, zu einem Einverständnis zu kommen, und daß sie die Verhandlungen gestört habe. Gerade das Gegenteil ist wahr bezüglich des Zeitpunktes, zu dem die Rede gehalten wurde. Drei Tage nach der Rede Lloyd-Georges besuchte mich der deutsche Botschafter und teilte mir mit, daß die deutschen Absichten bei der Entsendung eines Schiffes nach Agadir sich nicht geändert hätten. Nicht ein Mann sei dort gelandet worden. Die deutsche Regierung bedaure, daß man den Insinuationen über die Absichten Deutschlands Glauben schenkte, die von feindseliger Seite herrührten. Deutschland habe nie daran gedacht, einen Hafen für seine Flotte an der marokkanischen Küste zu schaffen, und werde niemals daran denken. Solche Gedanken seien Halluzinationen. Was die Verhandlungen mit Frankreich betreffe, so sei die deutsche Regierung, wofern ihre Forderungen etwas hoch gespannt seien, bereit, Konzessionen zu machen, daß eine Absicht, einen Hafen in Marokko zu nehmen, in Deutschland nie bestanden habe. Er sagte, er habe dies ausdrücklich zu gegebener Zeit einem wohlbekannten Alldeutschen mitgeteilt; der in Rede liehende Herr habe es aber nicht geglaubt. Wenn nach der Erklärung des Kanzlers, die wir den deutschen Botschafter am 4. Juli übermittelten, diese Absicht uns als solch eindeutige anvertraut worden wäre, so würde, wie ich glaube, ein gut Teil Mißverständnis vermieden worden sein. (Beifall.) Was den weiteren Verlauf der Verhandlungen betrifft, so brauche ich nur zu sagen, daß die französische Regierung uns über jeden Punkt zu Rate zog, wo es irgendwelche praktische Wirklichkeit schien, daß britische Interessen berührt worden konnten, und vielleicht mit Ausnahme eines oder zweier untergeordneter Punkte von ausschließlich ökonomischem Charakter in Marokko selbst waren wir in der Lage zu erklären, daß britische Interessen nicht in den Vorschlägen oder Gegenvorschlägen, die im Laufe der Verhandlungen gemacht wurden, in Frage kamen. Alles, was wir sagten oder taten in unseren Mitteilungen an die französische Regierung, richtete sich auf Förderung und nicht auf Behinderung der Verhandlungen.

Aber dabei eingehe, was er als die wahre Natur der Spannung bezeichne, so habe er zu erklären, daß zwischen Frankreich und Deutschland ein Abkommen erreicht sei, in welchem beide Seiten sich wichtige Zugeständnisse machten und wichtige Vorteile gewährten. Daß dieses Abkommen angenommen wurde, und der Friede gegenüber der Erregung während der Verhandlungen bewahrt blieb, ist eine den an den Verhandlungen beteiligten Diplomaten hochanzurechnende Tatsache (Beifall) und durchaus nicht beschämend für die Stellung, die wir unsererseits nahmen, obgleich es nur eine nebensächliche (subsidiary) Stellung war. Nichtsdestoweniger ist dies der Moment, den einige Leute dazu ausersehen, sich selber aufzuregen und soviel anderes, als sie in Deutschland oder hier durch eine Erörterung darüber aufregen konnten, wie nahe man an dem Kriege war. (Beifall.) In diesem Augenblicke scheint wirklich in der Weltatmosphäre irgendein unheilvoller Einfluß an der Arbeit gewesen zu sein, der bei der Lösung der Krise Verdrießlichkeit erregt. Wir sind heuer durch einen Zeitraum großer Erregung hindurchgegangen. Einige Länder befinden sich im Bürgerkriege, andere sind im Kriegszustande, und in mehreren Ländern, die weder Bürgerkrieg noch Krieg haben, gibt es Leute, die entsückt dabei sind, auseinanderzusetzen, wie nahe sie dem Kriege oder der Revolution gewesen sind oder möglicherweise sein werden, sei es in der Vergangenheit, in der Gegenwart oder in der Zukunft. (Heiterkeit, Beifall.) Es ist wirklich, als ob die Welt in einem Zustande von politischem Alkoholismus wäre. (Beifall, Heiterkeit.) Ich erwähne die Rede, die kürzlich Oberst Roosevelt hielt, und diese Rede auch in der Budgetkommission des Reichstags Gegenstand der Erörterung war und, wie mir von ganz zuverlässiger Seite mitgeteilt wurde, die Verbitterung des deutschen Volkes verstärkt hat. Ich weiß wohl, daß es für uns leicht möglich wäre zu erwidern, daß eine oder zwei im Reichstag gehaltene Reden — nicht amtliche, und auch Faber ist kein amtliches Mitglied (Heiterkeit) — uns genau soviel Grund geben hier zu erklären, daß unsere öffentliche Meinung dadurch beleidigt wurde. Natürlich führt eine Rede eine andere herbei. Ich kann nur mein Bestes tun, ich kann versuchen, den vorhandenen Argwohn und das aufregende Gerede abzuschwächen, indem ich untersuche, was die Spannung und die Befürchtungen im Sommer und bis in den September hinein wirklich bedeuteten. Natürlich war eine zwar nicht andauernde, aber zeitweise diplomatische Besorgnis vorhanden und zuzeiten eine sehr beträchtliche Besorgnis, wie es Frankreich und Deutschland gelungen würde, eine Lösung durch ihre Verhandlungen zu finden. Diese Verhandlungen waren sehr schwierig für die beiden Länder, und hätte eines von ihnen sie abgebrochen, und es gab Zeiten, wo es so auschien, als ob sie zum Stillstand kommen müßten, so würde es sehr schwierig gewesen sein zu sagen, was die nächste Folge gewesen wäre. Wir waren in beständigen intimen Beziehungen mit Frankreich. Wir wußten, Frankreich hegte den ernstlichen Wunsch nach einer Verständigung und würde die Verhandlungen nicht plötzlich abbrechen. Wir glaubten auch nicht, daß die deutsche Regierung dies tun würde, obschon wir nicht in derselben engen Fühlung mit ihr standen, oder ihre Ansichten über den Lauf der Verhandlungen und so bekannt waren. Immerhin lag die Möglichkeit vor, daß die Verhandlungen abgebrochen werden konnten, obschon ich es nie für wahrscheinlich hielt. Ich erwartete niemals einen jähen Abbruch, aber es sah ein- oder zweimal später im Sommer so aus, als ob die Verhandlungen auf einen toten Punkt kommen könnten. Natürlich würde der nächste diplomatische Schritt für eine an der Algeciradakte beteiligte Macht der gewesen sein, eine Konferenz vorzuschlagen. Das wäre ein Schritt gewesen, den zu tun wir bereit gewesen wären. Ich hatte die deutsche Regierung im Juli darauffin sondiert, ob der Vorschlag einer Konferenz ihr annehmbar erscheinen würde, im Falle die Verhandlungen auf einen toten Punkt kommen sollten. Die Antwort, welche ich erhielt, war zwar nicht absolut schlüssig, deutete aber an, daß der Vorschlag nicht annehmbar erscheinen dürfte. Das war das Bedenklichean der diplomatischen Lage. Im Falle die Verhandlungen auf einen toten Punkt gekommen wären, würde der natürliche Schritt eine Konferenz gewesen sein. Es blieb jedoch zweifelhaft, ob dieser Vorschlag der deutschen Regierung willkommen sein würde. Im anderen Falle hätten die Dinge dann nicht besser, sondern schlechter werden können. Wir würden folgende Lage vor uns gehabt haben: Wir würden auf alle Fälle den Anfang einer Teilung Marokkos gehabt haben zwischen den drei Parteien Frankreich, Deutschland und Spanien, die verschiedene Stellen im Besitze hatten. Wir würden dann keinen Anteil an den Verhandlungen gehabt haben, wir würden aber an die Erklärung gebunden gewesen sein, daß wir keine Regelung anzuerkennen vermöchten, bei der wir nicht gefragt worden wären. Wenn die Verhandlungen gescheitert wären, so würden wir die Möglichkeit auf eine sehr gespannte diplomatische Situation gehabt haben, und zweifellos ist dieser Zeitraum wirklich von Zeit zu Zeit voll Spannung gewesen nicht wegen dessen, was in den nächsten 24 Stunden sich ereignen würde, sondern wegen der Zeit, die zwischen uns und dem Ereignis eines Ereignisses lag, was sich möglicherweise ereignen könnte. Das ist eine genaue und getreue Wiedergabe der Situation, wie sie bestand, eine Darlegung der wirklichen Tatsachen der Situation, welche in Anbetracht des Geredes von Kriegsgefahr nicht alarmierend und beunruhigend, sondern lindernd auf die Erregung wirken sollte. (Beifall.)

England, Frankreich und Rußland.

Sir Edward Grey kam dann auf die auswärtige Politik im allgemeinen zu sprechen und sagte: Wir haben die geheimen Akte bei der englisch-französischen Entente nicht veröffentlicht; andere geheime Verpflichtungen gibt es nicht. Es wäre bedenklich gewesen, wenn man diese Akte sofort bekannt gegeben hätte, und die vorige Regierung war vollständig berechtigt, sie geheim zu halten. Die jetzige Regierung ist keine Verpflichtung eingegangen, irgendwelche Geschäfte übernommen hat. (Beifall.) Grey erinnerte sodann daran, daß England vor einigen Jahren mehrmals am Rande eines Krieges mit Frankreich oder Rußland gewesen sein sollte, während jetzt das alles zu Ende gekommen ist, da die jetzige Regierung die Reibungen und Schwierigkeiten mit Frankreich in Besitzung herzlicher Freundschaft umgewandelt hat. (Beifall.) Ebenso ist es mit Rußland gegangen. Es ist gut, daß dies so gegangen ist, weil in verschiedenen Teilen der Welt die britischen Interessen sich mit den französischen und russischen berühren und reiben, und es gewiß ist, einen Mittelweg zu finden zwischen der bestehenden Neigung zu Reibungen und herzlicher Freundschaft. Nur herzliche Freundschaft schafft das Maß von Duldung und gutem Willen, das notwendig ist, um Schwierigkeiten und Reibungen zu verhindern, die sonst entstehen könnten. (Beifall.) Außerdem ist unsere Freundschaft mit Frankreich und Rußland an sich eine Garantie dafür, daß keine der beiden Mächte eine herausfordernde oder aggressive Politik gegen Deutschland verfolgen wird, das ihr und unser Nachbar ist. Jede Unterstützung, die wir Rußland oder Frankreich in schwieriger Zeit leisten würden, würde ganz und gar von der Stimmung des Parlaments und der öffentlichen Meinung abhängen. Sowohl Frankreich wie Rußland wissen sehr wohl, daß die britische öffentliche Meinung einem herausfordernden oder aggressiven Vorgehen gegen Deutschland keine Unterstützung leisten würde. (Beifall.) Dieselben Erwägungen würden — mutatis mutandis — bei Frankreich und Rußland maßgebend sein. Wir wissen ganz genau, daß keines von